

Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung

Übersicht Arbeitsprogramm

In der konstituierenden Sitzung des Sustainable Finance-Beirats am 6. Juni 2019 haben sich die Mitglieder ein umfangreiches Arbeitsprogramm gegeben, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Die Einzelheiten befinden sich noch in der Abstimmung.

Wichtigste Zielsetzung ist, die Bundesregierung bei der Erarbeitung einer nationalen Sustainable Finance-Strategie zu beraten und konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um den Finanz- und Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig zu stärken. Dabei sollen europäische und internationale Initiativen ebenso berücksichtigt werden wie die laufenden Arbeiten in der Bundesregierung zur Anlagestrategie des Bundes.

Erste Entwürfe einer Strategie sollen möglichst bereits beim 3. Sustainable Finance Gipfel am 16. Oktober 2019 öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.

Der Beirat wird sich in Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen organisieren:

- Sustainable Finance-Strategie und Kommunikation
- Finanzmarktstabilität und Risikomanagement
- Offenlegung und Transparenz
- Endkunden (Retail und Institutionell)

Neben den oben genannten Arbeitsgruppen können zu aktuellen Themen ad-hoc Arbeitsgruppen einberufen werden. Z.B. können Vorschläge der EU Technical Expert Group on Sustainable Finance (derzeit zur Taxonomie, Benchmarks und Green Bond Standards) im Beirat oder Arbeitsgruppen diskutiert werden.

In den zuvor genannten Arbeitsgruppen kann der Beirat grundsätzlich weitere Experten/innen einbeziehen.

Die Wissenschaft wird im Beirat durch Prof. Bassen (Universität Hamburg), Prof. Neuhoff (DIW) und Herrn Löffler (Frankfurt School of Finance & Management) vertreten. Diese können darüber hinaus weitere wissenschaftliche Akteure einbeziehen, wozu z.B. ein bestehendes Sustainable Finance Netzwerk unter Leitung des DIW Berlin oder auch die Wissenschaftlichen Beiräte von BMF, BMU und BMWi zählen können.

Die nächste Sitzung des Beirats findet am 4. September 2019 im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit statt.